Stellungnahme zum Verfahren zur Anmeldung an weiterfÃ¼hrenden Schulen fÃ¼r alle Schulformen in gleicher Weise transparent, effektiv und fair gestalten

STELLUNGNAHME

des Philologenverbandes Nordrhein-Westfalen
(phv NRW)

zum Verfahren zur Anmeldung an weiterfÃ¼hrenden Schulen
fÃ¼r alle Schulformen in gleicher Weise transparent, effektiv und fair gestalten

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/979

AnhÃ¶rung des Ausschusses Schule und Bildung
am 18. Januar 2023

Sehr geehrter Herr Kuper,

im Namen des Philologenverbands NRW (PhV NRW) bedanke ich mich fÃ¼r die MÃ¶glichkeit der Stellungnahme.

Einleitend sei angemerkt, dass der Philologenverband sich mehrheitlich mit den im Antrag beschriebenen Forderungen und Anmerkungen identifizieren kann.

Die Anpassung des Anmeldeverfahrens war bereits in der letzten Legislatur in der Diskussion. Sie wurde gegen deren Ende mit Ã¤hnlichen Argumenten von der CDU eingebracht und wurde dann von der damaligen FDP-Schulministerin und ihrer Partei nicht unterstÃ¼tzt.

Wir begrÃ¼ÃŸen sehr, dass mit diesem Antrag der FDP der Faden wieder aufgenommen wird und wir die MÃ¶glichkeit haben, unsere EinschÃ¤tzung dazu erneut vorzubringen.

Bereits in der Stellungnahme an das Schulministerium im Zusammenhang mit dem Entwurf einer fÃ¼nften Verordnung zur Ã„nderung der Ausbildungs- und PrÃ¼fungsordnung Sekundarstufe I (gem. Â§77 SchulG NRW), haben wir folgende Aussage getroffen:

â€žIm Sinne der Beibehaltung des Schulfriedens und des Bekenntnisses zum vielfÃ¤ltigen Schulsystem, bringen wir an dieser Stelle unsere erneute Forderung nach einer landesweiten Aufhebung des vorgezogenen Anmeldeverfahrens vor, um allen Schulformen der Sek I/II die MÃ¶glichkeit zu erÃ¶ffnen, SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler gemÃ¤ÃŸ ihrer Grundschulempfehlung an einer weiterfÃ¼hrenden Schule ihres Wunsches aufnehmen zu kÃ¶nnen. DarÃ¼ber hinaus wÃ¤re aus unserer Sicht auch folgerichtig, den Kriterienkatalog zur Aufnahme einer SchÃ¼lerin/eines SchÃ¼lers an einer weiterfÃ¼hrenden Schule bzw.

Schulform, um eine Priorisierung des empfohlenen Bildungsgangs zu erweitern.â€œ

Zur StÃ¤rkung eines Schulsystems mit differenzierten Profilen und Angeboten ist eine UnterstÃ¼tzung der unterschiedlichen Schulformen unabdingbar. Dazu gehÃ¶rt auch, dass Eltern bei der Wahl der Schulform eine echte Wahlfreiheit haben. In vielen Kommunen in NRW ist dies u.a. auch wegen des vorgezogenen Anmeldeverfahrens nicht mehr mÃ¶glich.

Das nachgelagerte Verfahren bewirkt an Gymnasien und Realschulen nicht generell eine reduzierte Anmeldezahl, verhindert somit auch nicht grundsÃ¤tzlich AnmeldeÃ¼berhÃ¤nge, sodass man nicht prinzipiell behaupten kann, dass diese Schulformen â€žihre Klassen auch mit nicht fÃ¼r diese Schulformen geeigneten SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼lernâ€œ fÃ¼llen mÃ¼ssen.

Schwerwiegender ist aus Sicht betroffener SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler das Problem, dass sie an einigen Standorten mit vorgezogenem Anmeldeverfahren zwangslÃ¤ufig von einer Schulform aufgenommen werden mÃ¼ssen, die ihren Begabungen und MÃ¶glichkeiten nicht entspricht. Dieses Problem betrifft Gymnasien in besonderer Weise und ist nach unserer Ãœberzeugung aus pÃ¤dagogischen GrÃ¼nden nicht akzeptabel â€“ vor allem dann, wenn die Wahl der Schulform nicht freiwillig erfolgt ist. Aus unserer Sicht kann es nicht sein, dass ein Schulformangebot so eingeschrÃ¤nkt ist, dass es nicht allen Bedarfen entspricht.

So ist es pÃ¤dagogisch nicht sinnvoll, wenn z. B. ein Kind mit Hauptschulempfehlung an einem Gymnasium aufgenommen werden muss, da die einzig andere weiterfÃ¼hrende Schule, beispielsweise eine Gesamtschule, dieses Kind abgelehnt hat, weil sie fÃ¼r diesen Bildungsgang â€žvollâ€œ ist.

Die DurchlÃ¤ssigkeit muss in alle Richtungen gewÃ¤hrleistet und mÃ¶glich sein, es kann nicht sein, dass sich Schulleitungen von Gymnasien vielerorts immer wieder die Aufnahme einer SchÃ¼lerin/eines SchÃ¼lers mit entsprechender Empfehlung z.T. mit groÃŸem Aufwand â€žerkÃ¤mpfenâ€œ mÃ¼ssen oder gar der Ãœbergang eines Kindes mit gymnasialer Empfehlung an die ihm gemÃ¤ÃŸe Schulform nicht gelingt, weil SchultrÃ¤ger bÃ¼rokratische HÃ¼rden eingebaut haben.

Derartige Fehlentscheidungen schaden vor allem den betroffenen Kindern, weil man davon ausgehen kann, dass die Schulform-Entscheidung der Klassenkonferenz als Grundlage immer im Sinne des jeweiligen SchÃ¼lers/SchÃ¼lerin wohlÃ¼berlegt getroffen wird. SelbstverstÃ¤ndlich darf auch eine WechselmÃ¶glichkeit auf das Gymnasium nicht vereitelt werden.

Im Zusammenhang mit den Folgen und Auswirkungen der Corona-Pandemie, die sich nicht nur an fachlichen Defiziten, sondern auch psychosozialen Problemen festmachen lassen, mÃ¼sste die WechselmÃ¶glichkeit sich auch Ã¼ber die gesamte Mittelstufe erstrecken kÃ¶nnen.

Zu den Mehrfachanmeldungen hat sich der PhV NRW bereits in der oben erwÃ¤hnten Stellungnahme geÃ¤uÃŸert. Wir begrÃ¼ÃŸen die Neufassung. Sie dient einer Verschlankung des Verfahrens und entlastet Schulleitungen und Koordinatoren, da die Anzahl verbindlicher AnmeldegesprÃ¤che reduziert wird. Die MÃ¶glichkeit eines digitalen Anmeldeverfahrens, wie es im Antrag vorgeschlagen wird, ist zu prÃ¼fen. Es stellt sich dabei beispielsweise die Frage, wie dabei mit SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼lern umgegangen wird, die sich ohne entsprechende Grundschul-Empfehlung dennoch an einem Gymnasium oder einer Realschule anmelden wollen.

Im Sinne der AufklÃ¤rung Ã¼ber die unterschiedlichen Schullaufbahnen in NRW halten wir es fÃ¼r unabdingbar, dass die Eltern spÃ¤testens am Ende der Grundschulzeit umfassend informiert werden sollen. Wir freuen uns, dass diese verschriftlichte Forderung des PhV NRW Einzug in den Koalitionsvertrag gefunden hat. Es ist wichtig, dass Eltern tatsÃ¤chlich im Sinne ihrer Kinder entscheiden und sie wissen, dass nicht nur der Besuch eines Gymnasiums oder einer Gesamtschule Abschluss eines Abiturs ermÃ¶glicht. Wie diese AufklÃ¤rung vorgesehen ist, wÃ¼rde uns zeitnah sehr interessieren.

Wir mÃ¼ssen unbedingt wieder dahin kommen, dass alle SchulabschlÃ¼sse die gleiche gesellschaftliche Anerkennung finden. Nur dann kÃ¶nnen wir von Chancengerechtigkeit und von einer WertschÃ¤tzung aller jungen Menschen sprechen. Wir halten es daher fÃ¼r eine dringende politische Aufgabe, einen entsprechenden gesellschaftlichen Ã„nderungsprozess in Gang zu setzen.

DÃ¼sseldorf, den 10.01.2023

gez. Sabine Mistler
(Vorsitzende PhV NRW)